QUERDENKEN

615 - Darmstadt

PRESSEMITTEILUNG

Darmstadt/04.03.2021 - Für Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einen 100% freien Impfentscheid gehen Menschen weltweit am Samstag, 20. März, auf die Straße. An diesem Tag rufen auch die "Freien Bürger Kassel" ab 12 Uhr zu einer Großdemonstration auf. Der Veranstalter fordert die Einhaltung der Grundrechte und die Beendigung der überzogenen Corona-Maßnahmen. Geplant sind eine Kundgebung und ein anschließender Aufzug. Die Initiative Querdenken-615 Darmstadt ruft alle Initiativen auf, an der Veranstaltung in Kassel teilzunehmen. Querdenken-711 Stuttgart und Querdenken-30 Berlin haben sich diesem Aufruf bereits angeschlossen.

"Wir sind Demokraten, wir sind eine friedliche Bewegung, in der Extremismus, Gewalt, Antisemitismus und menschenverachtendes Gedankengut keinen Platz haben", heißt es im Manifest der Querdenken-Regionalinitiativen.

Querdenken-615 Darmstadt hat für 2021 folgende Demonstration angemeldet (A) bzw. wird folgende Demonstrationen organisatorisch unterstützen (U):

- 1. Am 20.03.2021 in Kassel auf dem Königsplatz (U)
- 2. Am 21.03.2021 in Erbach/Odenwald vor dem Schloss (U)
- 3. Am 28.03.2021 in Darmstadt auf dem Karolinenplatz (A)
- 4. Am 03.04.2021 in Stuttgart auf dem Cannstatter Wasen (U)
- 5. Am 30.04.2021 in Darmstadt auf dem Karolinenplatz (A)
- 6. Am 01.08.2021 in Berlin auf der Straße des 17. Juni (U)
- 7. Am 29.08.2021 in Berlin auf der Straße des 17. Juni (U)

Seite 1 von 2 03.03.2021

Darüber hinaus meldet Querdenken-615 regelmäßig die unterschiedlichsten Formen von kleineren Kundgebungen an, um die Bevölkerung in Hessen über die vielen Dinge, die über ihre Köpfe hinweg entschieden werden, zu informieren und ins Nachdenken und Mitfühlen zu bringen. Dazu gehören Mahnwachen, Meditationen, Gebetskreise, weiße Wahrheiten, Schilder hochhalten, Fahrrad-Korsos und Protest-TV-Aktionen. Nähere Informationen sind auf unserem Telegram-Info-Kanal veröffentlicht.

Am Ende dieser Pressemitteilung möchten wir noch auf folgende Gesetzesentwürfe hinweisen:

GEPLANTE GESETZESÄNDERUNGEN

Änderung Bundeswahlgesetz - Ausschussdrucksache: 19(14)197(2)

Vorgeschlagen wird einer neuer § 52 Abs. 4 BWahlG, der das Bundesministerium des Innern ermächtigen soll, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen zu ermöglichen.

Verschiebung der Bundestagswahl - Aktenzeichen: WD 3 - 3000 - 183/20 "Verschiebung der Bundestagswahl - Verfassungsrechtliche Aspekte und Konsequenzen"

Ansprechpartner: info@querdenken-615.de

Weitere Informationen: https://t.me/querdenken_615

Seite 2 von 2 03.03.2021